

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 36 (1980)
Heft: 12

Artikel: 10 Jahre kantonales Frauenstimmrecht
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-844330>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

10 Jahre kantonales Frauenstimmrecht

Am Samstag (15. November) sind es genau zehn Jahre her gewesen, dass im Kanton Zürich das Frauenstimmrecht angenommen wurde. Die Zürcher Frauenzentrale veranstaltete deshalb zusammen mit den politischen Frauengruppen sowie — last but not least — mit unserem Verein eine Feier, die auf dem Lindenhof begann. Wegen des unfreundlichen Wetters und auch wegen einer gewissen Nervosität der rund 150 Teilnehmer vorwiegend weiblichen Geschlechts, bewirkt durch vereinzelte Störaktionen von AJZ-Aktivistinnen, begab man sich nach dem Auftakt der Stadtjugendmusik und den Grussworten des Stadtpräsidenten Sigmund Widmer unverzüglich ins Stadthaus. Dort hielt Frau Dr. *Lilly Nabholz*, Präsidentin der Eidg. Kommission für Frauenfragen, einleitend Ausblick auf noch offene Frauenpostulate (diesen finden Sie auf Seite 1 dieser Nummer abgedruckt).

Die *Boldern-Spielfrauen* brachten die Anwesenden — es befanden sich unter ihnen verschiedene Parlamentarierinnen — mit ihren Szenen «Heidis Erfahrungen mit der Politik» zum Schmunzeln; Aha-Erlebnisse mussten in diesem Kreis von Eingeweihten natürlich nicht mehr vermittelt werden.

Abschliessend setzte sich Frau Ständerätin/Stadträtin Dr. *Emilie Lieberherr* mit der Frage auseinander, auf welche Weise Frauen politisch tätig sein sollten. Sie bekundete ein gewisses Verständnis für jene vorwiegend jüngeren Geschlechtsgenossinnen, die ob der «offiziellen Politik» in Frauenfragen erbittert resignieren, plädierte aber doch mit Überzeugungskraft für eine Männer und Frauen integrierende Politik. Bis ein solcher Idealzustand er-

reicht sei, seien jedoch Frauenorganisationen, Frauengruppen in den Parteien, die Eidg. Kommission für Frauenfragen usw. weiterhin dringend nötig, sagte sie. Sie rief die Frauen auf, **Solidarität** zu üben, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich im nunmehr angebrochenen, zweiten Jahrzehnt das **Selbstwertgefühl** aller Frauen nachhaltig verbessern möge. es.

Studie «Frau und Gesamtverteidigung» liegt nun vor

Das Eidgenössische Militärdepartement hat am 24. November — endlich — die Studie der ehemaligen FHD-»Chefin Andrée Weitzel «Die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung» veröffentlicht. (Andrée Weitzel lieferte sie Ende 1979 der Zentralstelle für Gesamtverteidigung ab!) Hauptanliegen dieser Studie ist die bessere Ausbildung der Frau in Fragen des Verhaltens und Überlebens im Katastrophen- und Konfliktfall. Es werden insgesamt 18 Varianten unterbreitet, wie die Frauen für die Gesamtverteidigung vorbereitet werden könnten. Ein obligatorischer Militärdienst für Frauen wird nicht vorgeschlagen. Am weitesten ginge ein halbjähriger obligatorischer Sozialdienst.

Die Gesamtverteidigungskonzeption aus dem Jahr 1973 wendet sich an die Gesamtheit des Volkes. Es gibt jedoch bis heute keine Rechtsgrundlage, so heisst es im Bericht, welche die Frau zur Mitwirkung im Rahmen der Gesamtverteidigung verpflichten würde. Im Ernstfall kann der General jedoch «alle Kräfte des Landes» aufbieten zum Einsatz in Wirtschaft, Infrastruktur, Unterhalt, Versorgung, Produktion usw. Diese Art des Vorgehens kritisiert Andrée